

Materialpaket III (Anhang 2)

Rechenschaftsberichte

für die

1. Tagung des 7. Parteitags der Partei DIE LINKE. Hamburg

**in der Friedrich Ebert Halle
am Samstag, den 17. Oktober 2020
& Sonntag, den 18. Oktober 2020**

Inhaltsverzeichnis

Bericht von
Geschäftsführender Landesvorstand
Bürgerschaftsfraktion
Žaklin Nastić
Fabio de Masi

Rechenschaftsbericht

Geschäftsführender Landesvorstand 2018-2020

Landesverband DIE LINKE.Hamburg

Ausgangslage und politische Entwicklung

Zu Beginn der Amtsperiode des Landesvorstands, im Mai 2018, hatte der Hamburger Landesverband der Partei DIE LINKE 1.589 Mitglieder. Die Bundestagswahl 2017 zeigte, dass der Landesverband seine Verankerung bei Wahlen verbessern konnte und auch die Mitgliederentwicklung zeigte einen positiven Trend. Der Aktivitätsgrad der Hamburger Partei hingegen war ausbaufähig und der Landesverband von innerparteilichen Konflikten geprägt, die den Aufbau der Partei hemmten.

Basierend auf den Beschlüssen des Landesparteitages gab sich der Landesvorstand zu Beginn seiner Amtszeit auf einer gemeinsamen Klausur mit der Bürgerschaftsfraktion ein Arbeitsprogramm für zwei Jahre. Folgende Schwerpunkte wurden dabei beschlossen:

1. Eine **inhaltliche Schwerpunktsetzung** auf die Themen Wohnen, Ökologie, Frieden, Armut und Reichtum, sowie Antidiskriminierung
2. Die **Stärkung der Untergliederungen der Partei**, insbesondere Stadtteilgruppen und LAGs
3. Die Stärkung der Kampagnenfähigkeit und Umsetzung einer **Kampagne**
4. Die **Erhöhung des Aktivitätsgrades** und **Reorganisation der Neumitgliederarbeit**
5. Verbesserung der **Verzahnung von Fraktions- und Parteiarbeit**

Kampagnenorientierung und Parteientwicklung

Wohnungskampagne

Das Ziel der Herstellung von Kampagnenfähigkeit der Partei wurde mit einer inhaltlich auf das Thema Wohnen fokussierten Kampagne konkretisiert. Die Festlegung auf das Thema Wohnen wurde auf mehreren Parteitagungen inhaltlich ausgestaltet. In der Landesgeschäftsstelle wurden hierfür personelle Ressourcen geschaffen und mit Florian Wilde ein Campaigner eingestellt. Das Thema Wohnen wurde sowohl im Bezirkswahlkampf 2019 als auch im Bürgerschaftswahlkampf 2020 zu einem Aktionsschwerpunkt gemacht. Die Kampagne konnte dabei an eine bundesweite Kampagne andocken, ging jedoch weit über diese hinaus und hatte ein eigenständiges Hamburger Profil. Unter anderem wurde eigenes Kampagnenmaterial produziert, sowie Aktionen entwickelt. In den Wahlkämpfen fanden Aktionen in allen Bezirken statt. Bis 2020 wurde die Wohnungskampagne wesentlich als Mobilisierungskampagne ausgestaltet, mit zahlreichen kreativen Aktionen insbesondere in den Wahlkämpfen. Als Mobilisierungskampagne war dies insofern erfolgreich, als bereits aktive Stadtteilgruppen Material sowie Unterstützung bei der Organisation von Demos und Aktionen abgerufen haben. Flankiert wurde dies mit einzelnen organisierenden Projekten. Letztlich blieb es bei der organisierenden Arbeit jedoch bei wenigen Modellprojekten.

Ab 2020 wurde die Wohnungskampagne neuorientiert. Die inhaltliche und aktionsorientierte Mobilisierungskampagne wurde durch die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative „Keine Rendite mit Boden und Miete“ ergänzt. Die Unterschriftensammlung verlief anfangs auch aufgrund von Konflikten über die inhaltliche Ausrichtung stockend. Ab März wurde die Sammlung zudem durch den Corona-Lockdown und entsprechende Allgemeinverfügungen erschwert. Trotzdem gelang es der Partei ab Mai sich aus der Passivität des Lockdowns zu befreien und bis Mitte Oktober einen vergleichsweise hohen Aktivitätsgrad zu entfalten. Der hohe Aktivitätsgrad zum Ende der ersten Stufe der Volksinitiative zeigt, dass Unterschriftensammlungen eine für die Mobilisierung der Partei geeignete Aktionsform darstellen, die auch für Haustürbesuche und organisierende Arbeit einen Anknüpfungspunkt darstellt. Jedoch konnten in der Summe noch zu wenige Basisorganisationen mobilisiert werden. Bei einem höheren Mobilisierungsgrad in allen Gliederungen der Partei wäre eine bessere politische Durchsetzbarkeit des Kampagnenziels zu erwarten. Um die nächste Stufe auf dem Weg

zum Volksbegehren erfolgreich zu bewältigen, sind deutlich mehr aktive Sammler*innen auf der Straße nötig, als DIE LINKE bisher einbringen konnte.

Es empfiehlt sich, die Wohnungskampagne als Mobilisierungs- und Aktionskampagne sowie als Unterstützungskampagne für die Volksini weiterzuführen, und gleichzeitig das bisher wenig ausgeprägte Element der organisierenden Arbeit, ggf. zunächst beschränkt auf 1-2 weitere Modellprojekte, zu stärken.

Parteientwicklung

Insgesamt hat die Partei eine in vielen Bereichen positive Entwicklung durchlaufen: Die Mitgliederzahl des Landesverbands hat sich auf 1.796 (Stand 13.10.2020) erhöht. Die Verjüngung ist zumindest in einigen Bezirksverbänden erfolgreich geglückt. Im Verlauf der Amtsperiode wurden einige LAGs neu gegründet, andere hatten Schwierigkeiten, ihre Arbeit aufrechtzuerhalten. Ähnliches gilt für die Arbeit der Stadtteilgruppen. Diese sind weiterhin nicht flächendeckend handlungsfähig und es besteht weiterhin ein hoher Bedarf, sie zu stärken und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Angesichts des anhaltenden Mitgliederwachstums, das noch höher hätte ausfallen können, wenn den Eintritt weniger Austritte entgegengestanden hätten, ist eine funktionierende Neumitgliederarbeit ein vordringliches Element des Parteiaufbaus. In der Amtsperiode des Landesvorstands wurde die Neumitgliederarbeit dahingehend umgestellt, dass einmal im Quartal die Neumitglieder der letzten 6 Monate zu sowohl zu einem Neumitgliederabend, als auch nachlaufend zu einem ganzen Neumitgliedertag eingeladen wurden. Dieses Angebot wurde mit Teilnehmerzahlen von 6 bis 15 Neumitgliedern gut angenommen. Das Format hat sich bewährt. Weiter verbessert werden sollte die Zusammenarbeit mit den Neumitgliederverantwortlichen in den Bezirken. Die Neumitgliederarbeit wurde zwar auf drei Bezirkstreffen thematisiert, die neu eingerichtete Bezirkerunde hat jedoch nach dem vierten Treffen nicht mehr getagt. Aktuell besteht das Team der Neumitgliederbetreuer*innen nur aus zwei Personen. Ein Aufbau der Teamer*innengruppe auf 4 bis 6 Personen ist sinnvoll. Dann wäre eine Betreuungs- und Schulungsarbeit in einem angemesseneren Umfang und eine bessere Koordination mit der Bezirksebene besser leistbar. Auf Bezirksebene könnte es sinnvoll sein, jedem Neumitglied jeweils ein erfahrenes Mitglied als „Buddy“ an die Seite zu stellen. Hierfür ein Konzept zu entwickeln und dieses zu diskutieren ist eine weitere Möglichkeit, die Neumitgliederarbeit weiterzuentwickeln.

In den Neumitgliederseminaren stellten wir fest, dass einige Neumitglieder gut in den Bezirken ankommen, während andere Schwierigkeiten hatten, in ihren Stadtteilgruppen und Bezirken Anbindung zu finden. Sehr unterschiedlich sind auch die Rückmeldungen über die Aufnahme in den Zusammenschlüssen. Um gleichzeitig die Kampagnenarbeit zu stärken wurde deshalb ein Aktivenfrühstück eingerichtet, ursprünglich mit dem Ziel, die Ziele der Wohnungskampagne zu diskutieren, Aktionen vorzubereiten und durchzuführen und einen neuen Aktivenkreis damit aufzubauen. Das Aktivenfrühstück fand einige Male gut besucht statt, allerdings erfüllte sich die Erwartung nicht, dass daraus ein Aktivenkreis entstehen könnte, vielmehr fanden sie in wechselnder Besetzung statt und entwickelten sich mehr zu einem Diskussionskreis. Lediglich die Vorbereitung des Mietencampers und ein zwei weitere Aktionen gingen letztlich aus diesem Kreis hervor. Mit der Einstellung des Mietencampers und der Verlagerung der Aktionsorientierung in die Bezirke wurde der Aktivenkreis auf Landesebene aufgegeben.

Um die Zusammenschlüsse (LAGen) zu stützen, wurde 2019 erstmals ein „Tag der Zusammenschlüsse“ durchgeführt. Das Angebot wurde von den LAGen gut angenommen. 2020 fand aufgrund der Corona Pandemie kein solcher Aktionstag statt. Das Format hat sich jedoch aus unserer Sicht bewährt und ein Neustart im Jahr 2021 erscheint sinnvoll. Die Mischung aus „Markt der Möglichkeiten“ mit Ständen, an denen die LAGs ihre Arbeit präsentieren und Diskussionsrunden ist prinzipiell sinnvoll.

Als organisatorisches Rückgrat wurde die Geschäftsstelle des Landesverbands im Laufe der Legislatur neu strukturiert. Die bisherige Besetzung mit einer Geschäftsleitungsstelle und einer Buchhaltungsstelle in Teilzeit wurde zugunsten einer stärker auf organisatorische Zuarbeit ausgerichtete Unterstützung der Geschäftsstellenleitung umgebaut und stundenmäßig ausgebaut.

Dies war auch aufgrund der Neustrukturierung der Buchhaltung im Verbund mit der Bundespartei möglich. Da Hamburg einer von zwei Modellverbänden für eine bundesweite Neustrukturierung der Buchhaltung war, sind hier viele Erfahrungen gesammelt worden, wie die Arbeit in einer neuen Organisationsform und mit mehr digitalen Arbeitsmitteln geleistet werden kann. Dies umfänglich auszuwerten, kann jedoch nicht Teil dieses Berichtes sein.

Verzahnung von Fraktion und Partei

Die Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Fraktion funktionierte aufgrund von Konfliktlagen innerhalb des Landesverbands bereits vor Antritt des hier Rechenschaft ablegenden Landesvorstandes nicht immer reibungslos. Auch wenn sich bestimmte Konfliktlagen weiterhin auf die Zusammenarbeit auswirkten, konnten in einigen Bereichen strukturelle Verbesserungen erreicht werden, die Fraktion und Landesvorstand enger verzahnen. Zu wesentlichen strukturellen Aspekten wurde mit einem einstimmigen Landesparteitagsbeschluss eine solide Grundlage gelegt.

Die Tradition regelmäßiger Treffen des geschäftsführenden Landesvorstands mit dem Fraktionsvorstand der Bürgerschaftsfraktion wurde auch in unserer Amtsperiode weitergeführt und hat sich bewährt. Es wäre jedoch sinnvoll, dass auch Gesamtfraktion und Gesamtvorstand häufiger die Gelegenheit für einen politischen Austausch bekämen. Dies ist jedoch unter Coronabedingungen zuletzt nur sehr eingeschränkt (virtuell) möglich gewesen. Strukturelle Fortschritte konnten für die weitere Zusammenarbeit vor allem in drei Bereichen gelegt werden:

- Die gemeinsame Kampagnenorientierung von Partei und Fraktion
- Die Verstärkung der Zusammenarbeit mit regelmäßigen Klausuren von Landesvorstand und Fraktion
- Die Zusammenführung von Fraktion und Partei in einem geteilten Geschäftsstellengebäude

Wahlergebnisse

DIE LINKE erzielte bei der Bundestagswahl 2017 ein Ergebnis von 9,2 Prozent. In Hamburg verbesserte sie sich um 3,4 Prozent im Vergleich zu 2013 und lag mit 12,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

In der Amtsperiode des Vorstands fielen drei Wahlen: Die Europawahl und Bezirkswahl 2019 sowie die Bürgerschaftswahl 2020.

Bei der **Europawahl** 2019 erzielte DIE LINKE ein bundesweit schlechtes Ergebnis von lediglich 5,5 Prozent. Die Partei konnte sich auf dem vorangehenden Europaparteitag nicht auf eine einheitliche Linie im Wahlkampf einigen und es wurde deutlich, dass die Konzepte der LINKEN in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und die Kritik an der bestehenden europäischen Formation kraftlos blieb. Dies wirkte sich auch auf das Hamburger Ergebnis aus: Dieses lag mit 7 Prozent zwar über dem Bundesdurchschnitt, allerdings stellte auch dies eine Verschlechterung im Vergleich zur letzten Europawahl dar.

Gleichzeitig zur Europawahl fand die **Wahl der Bezirksvertretungen in Hamburg** statt. Entgegen dem Trend bei der Europawahl konnte DIE LINKE sich in den Bezirkswahlen leicht verbessern auf 10,7 Prozent. In Mandaten gemessen steht DIE LINKE damit heute besser da in den Bezirken als zuvor und es konnte eine gute Grundlage für den darauffolgenden Bürgerschaftswahlkampf gelegt werden.

Die LINKE hat bei der **Bürgerschaftswahl** mit 9,1 % der Stimmen ihr bislang bestes Ergebnis in Hamburg erzielt. Die höchsten Zuwächse hatten die Grünen zu verzeichnen. Die SPD konnte sich als stärkste Kraft halten. Die FDP hingegen ist aus der Bürgerschaft geflogen. Die AfD wurde ebenfalls geschwächt und ist nur knapp in die Bürgerschaft eingezogen. Im Wahlkampf hat sich gezeigt, dass die richtigen Themen gesetzt wurden. Die mediale Zuspitzung des Wahlkampfes auf SPD und Grüne hat es schwierig gemacht, LINKE Forderungen öffentlich sichtbar zu machen. Mit dem Mietendeckel,

dem Stopp des Verkaufs öffentlichen Grund und Bodens, der Stadtbahn, der Forderung nach einem kostenlosen HVV und eines Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, sowie der zentralen Forderung nach Umverteilung hatte DIE LINKE Alleinstellungsmerkmale, die auch honoriert wurden. Mit einer günstigeren Konfliktlage im Wahlkampf und mehr Geschlossenheit im Wahlkampf hätte das Ergebnis noch besser ausfallen können. Die Potentiale der LINKEN in Hamburg jedenfalls sind noch nicht ausgereizt, das gute Ergebnis stellt jedoch eine günstige Ausgangsbasis für die weitere Verankerung und Parteientwicklung dar.

Zukünftige Herausforderungen

DIE LINKE konnte in der Zeit von 2018 bis 2020 ihre Verankerung in Hamburg ausbauen. Dies schlug sich sowohl in einer wachsenden Mitgliederzahl, als auch in Wahlergebnissen nieder. Die Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksfraktionen gingen gestärkt aus den Wahlkämpfen hervor. Die Mitgliederentwicklung ist positiv und die hauptamtlichen Parteistrukturen konnten gestärkt werden. Es gibt jedoch einige Herausforderungen bestehen:

Die Parteikultur ist weiterhin konfliktuell. Dies wirkt auf viele Mitglieder abschreckend und hemmt das gemeinsame Agieren in der Öffentlichkeit. Die Stadtteilgruppen und LAGs als Rückgrat der Partei benötigen weiterhin Unterstützung und die Bildungs- und Mitgliederarbeit sollte dringend gestärkt werden. Es erscheint sinnvoll, eine Gruppe für Kulturarbeit innerhalb der LINKEN aufzubauen. Dies hat jedoch nur Aussicht auf Erfolg, wenn sich hierfür Mitglieder begeistern und diese Aufgabe eigenverantwortlich übernehmen. Strukturell ist hier eine Diskrepanz zum Prinzip der örtlichen Gliederungen und landesweiten Arbeitsgruppen und Zusammenschlüssen. Eine gute Koordination dieser Ebenen könnte für alle Seiten sehr positive Effekte erzielen.

Es gibt den Vorschlag für ein Diversitätskonzept aus der LAG Feminismus, der weiter entwickelt und implementiert werden könnte.

Rechenschaftsbericht: Rückblick und Ausblick auf die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion in der 22. Legislaturperiode

Trotz wirtschaftlichem Aufschwung und erheblichen Steuermehreinnahmen in den letzten fünf Jahren hat sich in Hamburg die soziale Spaltung vertieft. Erhebliche Teile der Stadtbevölkerung waren von dem Wirtschaftswachstum und zunehmenden Wohlstand vollständig abgeschnitten. Die Altersarmut ist weiter angestiegen und jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. 40% der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch und die Hälfte aller Neueinstellungen sind befristet. Das Festhalten von Rot-Grün an der Schuldenbremse führte dazu, dass Tarifsteigerungen an Zuwendungsempfänger nicht refinanziert und somit eine faktische Kürzungspolitik im Bereich der sozialen Infrastruktur betrieben wurde. Der sogenannte Drittel-Mix und der Bau von jährlich 10.000 Wohnungen haben in der Summe mehr bezahlbaren Wohnraum vernichtet als neu geschaffen.

Als eine kleine Oppositionsfraktion haben wir in den letzten 5 Jahren nicht nur diese Missstände angeprangert und Alternativen für eine soziale Wende aufgezeigt, sondern immer wieder aus der Opposition heraus ganz konkrete Verbesserungen für die Menschen bewirkt oder Verschlechterungen abgewendet. Die Anhebung des städtischen Mindestlohns und später auch des Vergabemindestlohns auf 12 Euro, die Vergabe von Grundstücken auf Erbpacht, die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Kinder- und Jugendhilfe oder der Aufbau von Gesundheitszentren waren das Ergebnis unserer politischen Arbeit und Initiativen.

Insbesondere in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen konnten wir ganz besonders wirkmächtig werden. Sei es bei der Abwendung von Olympia gegen eine finanzstarke Allianz aus Wirtschaft und Politik oder bei der Vollendung der Rekommunalisierung der Energienetze. Auch die Initiative gegen Pflegenotstand hat großen Rückhalt in der Hamburger Bevölkerung gefunden. Zwar war das Urteil des Verfassungsgerichts ein herber Rückschlag. Jedoch ist die Bewegung nicht zum Erliegen gekommen und hat zuletzt an neuer Dynamik hinzugewonnen.

Beim G-20 Gipfel hat sich DIE LINKE durch die parlamentarische Beobachtung und später durch die Arbeit im Sonderausschuss als Grundrechtspartei profiliert und den Unmut über und die Kritik an der Polizeigewalt im parlamentarischen Raum adressiert. Durch die Beteiligung der Grünen an der Regierung kann weiterhin einzig DIE LINKE dieses wichtige Thema besetzen. Deshalb ist es wichtig, die in diesem Bereich erworbene Kompetenzzuschreibung auch in Zukunft zu sichern und auszubauen. Das gilt auch für den Bereich Antifa, denn je länger die Grundrechtseinschränkungen dauern, um so größer ist die Gefahr, dass der Unmut zu einem Erstarken der Rechten führt.

Durch die gemeinsame Politikentwicklung und enge Zusammenarbeit ist die Fraktion für Träger, Verbände, Vereine, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure zu einem anerkannten und wichtigen Kooperationspartner geworden.

Durch die Fridays For Future Bewegung hat das Thema Klimaschutz enorm an Bedeutung gewonnen und nach der Corona-Krise wird das Thema wieder sehr relevant werden. Als LINKE dringen wir bei diesem Thema noch nicht ganz durch. Das ist nicht überraschend, weil das Thema seit Jahrzehnten von den Grünen besetzt ist. Jedoch schaffen wir es auch zu wenig, dieses Thema mit der sozialen Frage zu

verknüpfen. Die Senkung der Emissionen muss einhergehen mit der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Wohnungspolitik muss weiterhin unser Schwerpunktthema bleiben. In diesem Bereich haben wir die höchsten Kompetenzzuschreibungen und die Wohnungsfrage wird sich in Folge der Pandemie weiter verschärfen. Während das Einkommen der Menschen sinkt, bleiben die Immobilienpreise noch sehr stabil. Die bisher betriebene Senatspolitik wird die Not auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen können.

Die beiden Volksinitiativen werden hoffentlich die notwendige Unterschriftenzahl erreichen und damit zusätzlichen Druck auf den Senat entwickeln und unsere Forderung nach einem Mietendeckel wird noch mehr an Dringlichkeit gewinnen.

Die Corona-Krise wird schwerwiegende Folgen haben. Die Steuermehreinnahmen werden in Folge der Wirtschaftskrise versiegen und die Verschuldung steigen. Und wenn die Vermögenden für die Finanzierung der Krise nicht herangezogen werden, dann wird der Haushalt radikal gekürzt. Für dieses Szenario muss die Fraktion vorbereitet sein und entsprechend auch eine politische Strategie entwickeln. Der Bereich Haushalt/Finanzen wird in den nächsten Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen. Ein „Weiter So zurück in die „alte Normalität“ darf es nicht geben. Wir brauchen ein Zusammendenken von einem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und des Ausbaus der sozialen Infrastruktur, eine Stärkung und Absicherung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unsere Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre sollten auf Haushalt/Finanzen/Soziales, Umwelt/Verkehr, Wohnungspolitik und Grundrechte/Antifa liegen.

DIE LINKE konnte am 23. Februar 2020 0,6 Prozentpunkte hinzugewinnen und landete bei 9,1 %.

Trotz parteiinterner Differenzen über die strategische Ausrichtung des Wahlkampfes (Opposition for ever, oder Bedingungen formulieren für eine wie auch immer geartete Bereitschaft für Gespräche etc..) ist es uns überwiegend gelungen, unsere Parteitagsbeschlüsse glaubwürdig zu kommunizieren. Die TAZ titelte etwa: DIE LINKE, das soziale Gewissen der Stadt. Wir sind in den letzten fünf Jahren für viele ein verlässlicher Ansprech- und Bündnispartner geblieben bzw. geworden.

Der Wahlkampf wurde durch das sehr personalisierte Duell um Fegebank (erste grüne Frau als BM) oder Tschentscher dominiert, wobei es die kleineren Parteien schwer hatten, sich inhaltlich zu profilieren und zu punkten. Nach konstant zweistelligen Zustimmungswerten sanken wir zum Ende des Wahlkampfes rapide ab, konnten uns dann aber am Ende, sicherlich auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Thüringen, recht gut behaupten.

Insgesamt konnten wir sicher von unserer engagierten Arbeit als Partei und Fraktionen überall in der Stadt profitieren. Nicht zuletzt aber auch vom überzeugenden Auftritt unserer Spitzenkandidatin, Cansu, und deren beeindruckender Popularität und großer Bekanntheit in der Stadt!

Die neue Bürgerschaftsfraktion besteht jetzt aus dreizehn Abgeordneten, fünf „neue“ und acht „alte“ Genoss*innen teilen sich nun die vielen Aufgaben und Herausforderungen der kommenden fünf Jahre.

Noch bevor sich die neue Fraktion konstituieren konnte, erreichte die Corona-Pandemie Hamburg. Ab Mitte März griffen die ersten Lockdown-Maßnahmen, die ab sofort alle politischen Versammlungen und Sitzungen unmöglich machten und alle Mitarbeiter*innen und Abgeordneten ins Homeoffice zwangen.

Als Konsequenz aus der besonderen Situation bestätigte die Fraktion die bisherige Führungsspitze zunächst kommissarisch im Amt. Die Arbeitsverträge aller Mitarbeiter*innen wurden bis Ende Juli verlängert.

Als Nachfolger für Christiane Schneider nominierte die Fraktion Deniz Celik zum Vizepräsidenten der Bürgerschaft, er wurde mit großer Mehrheit gewählt.

Beratungen und Sitzungen fanden weitgehend als Telefonkonferenzen statt. Das Büro in der Lilienstraße stand zunächst weitgehend leer und wurde nur ganz langsam - nach individuellen Absprachen - wieder von Mitarbeiter*innen und Abgeordneten genutzt.

Die geplante Fraktionsklausur musste verschoben werden. Die Verteilung der Fachsprecher*innen-Posten gestaltete sich unter diesen Umständen schwierig, gelang aber letztlich einvernehmlich.

Ebenso die Aufteilung der Referent*innenstellen und ihre Besetzung, was aber mit hohem Engagement aller bis zur Sommerpause glückte, auch wenn in Teilen die Kritik an einigen Entscheidungen schwer wiegt und der Vorstand darin eine große Verantwortung für sich sieht, die daraus entstandenen Spannungen aufzulösen.

Auch die Konstituierung des Senates verzögerte sich, weil die Koalitionsverhandlungen erst Wochen später begannen. Erst im Juni wurde der rot-grüne Koalitionsvertrag unterzeichnet und der Bürgermeister wiedergewählt.

Unsere Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Vertrag auseinandergesetzt. Alle Fachbereiche haben dazu eine inhaltlich politische Analyse, verbunden mit eigenen Erwartungen und Forderungen, verfasst, die in großen Teilen mit dazu beigetragen haben, dass unsere Gegenpositionierung in der Debatte deutlich werden konnte.

Inhaltlich trug die Fraktion die Lockdown-Maßnahmen mit. Die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen - inklusive der Beschneidung von Freiheitsrechten - wurde als notwendig akzeptiert, jedoch forderte die Fraktion eine deutliche Befristung der Maßnahmen.

Zustimmend äußerte sich die Fraktion zu Maßnahmen der Bundesregierung und des Hamburger Senats für mehr Mieter*innenschutz, zur Aussetzung der Schuldenbremse und zur Unterstützung von Künstler*innen und Solo-Selbstständigen.

Sie stellte sich an die Seite der Arbeitnehmer*innen und der Kleingewerbetreibenden und forderte, deren Rechte bei Kurzarbeit und Corona-Unterstützungszahlungen zu beachten. Sie forderte einen Schutzschirm auch für die Menschen, und nicht nur für die Unternehmen. Sie forderte die Einrichtung einer „Corona Kommission“ unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen und Verbände und unterstützte die Initiative

Open The Hotels zur Unterbringung von Obdachlosen in der Corona-Zeit und das Bündnis für ein Solidarsemester.

Die Partei hat unter Beteiligung und Zuarbeit der Fraktion ein Corona-Positionspapier erstellt hat. Mit diesen Positionen ging die Fraktion auch in die Sitzungen des Corona-Ausschusses.

Dazu gehörte u.a. die zentrale Lehre, die wir aus der Corona-Krise ziehen, weiterhin für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen und bessere Bedingungen in der Pflege zu streiten.

Kritisch äußerte sich die Fraktion zu einigen übertriebenen Maßnahmen, zum Beispiel zu zeitweisen Demo-Verboten, obwohl die Teilnehmer*innen sich an alle Hygieneregeln hielten.

Nach dem rassistisch-motivierten Mord an George Floyd in den USA gingen weltweit Tausende Menschen auf die Straße. Auch in Hamburg gab es große Proteste gegen Racial Profiling und diskriminierende Mechanismen. In der Fraktion arbeiten wir ressortübergreifend in dem AK Antidiskriminierung an einem Gesetzesentwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz wie in Berlin und planen unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen Schritt für Schritt zu veröffentlichen.

Unser Kampf gegen den Rechtsextremismus geht auch in dieser Legislatur weiter. Die Forderung, endlich einen NSU-Untersuchungsausschuss in Hamburg einzurichten, bleibt aktuell und angesichts der Aktivitäten der Rechten (und des offiziellen Waffenbesitzes) weiterhin dringend notwendig.

Insgesamt arbeiten alle Abgeordneten und die Mitarbeiter*innen sehr engagiert in ihren Arbeitsbereichen und bringen die jeweiligen Problemlagen und Anliegen der Menschen in Form von Anträgen und Anfragen ins Parlament ein. (Einige ausgesuchte Beispiele finden sich im Anhang)

Wir mussten feststellen, dass es für DIE LINKE während der Pandemie insgesamt schwer war, mit ihren Kritikpunkten und Forderungen in der öffentlichen Debatte vorzukommen. Wie auf Bundesebene sind auch in Hamburg die Augen in erster Linie auf die Exekutive gerichtet, die Opposition geht da ein wenig unter.

Zwischenzeitlich ist im August ein neuer Fraktionsvorstand gewählt worden: Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus als Co Fraktionsvorsitzende, Heike Sudmann als stellv. Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin und David Stoop als stellv. Fraktionsvorsitzender.

Ende November ist eine Klausur gemeinsam mit der Fraktion, Fraktionsversammlung und dem neu gewählten Landesvorstand geplant, um die thematischen Schwerpunkte für unsere politische Arbeit der nächsten Monate zu diskutieren und abzustimmen.

Für eine bessere und abgestimmte Verzahnung von Partei- und Fraktionsarbeit wird sicher die in der Fraktion neu geschaffene Stelle „Koordination Soziale Bewegungen“ sorgen, die auf dem letzten Landesparteitag mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Wir danken den Genoss*innen des Landesvorstandes und des geLaVo für die überwiegend solidarische Unterstützung.

Anhang:

Sabine Boeddinghaus, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Schule, Bildung, Jugend und Familie

Für eine zukunftsweisende Schule, Eckpunktepapier

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/sabine-boeddinghaus-hanno-plass-fuer-eine-zukunftsweisende-schule-in-zeiten-von-corona/>

Cansu Özdemir, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Frauen, Inklusion und Justizpolitik

Newsletter Oktober 2020

<https://us19.campaign-archive.com/?u=b09f9a22212f7eb44e2234d1e&id=840cb247a5>

Heike Sudmann, stellv. Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin, Fachsprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/die-wohnmisere-wird-sich-weiter-verschaerfen/>

David Stoop, stellv. Fraktionsvorsitzender, Fachsprecher für Gewerkschaftspolitik und öffentlicher Dienst, Europa und Haushalt

Solo- Selbständige nicht im Stich lassen- Corona Hilfen aufstocken und verlängern

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/solo-selbststaendige-nicht-im-stich-lassen-corona-hilfen-verlaengern/>

Deniz Celik, Vize-Präsident, Fachsprecher für Gesundheits- und Innenpolitik

Wir brauchen eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/neue-polizei-beschwerdestelle-wird-anspruechen-nicht-gerecht/>

Dr. Carola Ensslen, Fachsprecherin für Flucht und Migration, freiwilliges Engagement, Queer und Verfassungspolitik

Die Lebensbedingungen in den öffentlichen Unterkünften verbessern

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/corona-abstand-auch-in-unterkuenften-fuer-gefluechtete-ermoeglichen/>

Olga Fritzsche, Fachsprecherin für Wirtschaft, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Soforthilfen für Menschen in Grundsicherung

<https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70201/existenzsichernde-soforthilfe-fuer-alle-sicherstellen-auch-fuer-menschen-in-grundsicherung.pdf>

Norbert Hackbusch, Fachsprecher für Hafen, Kultur, Medien und öffentliche Unternehmen

Cum Ex Steuerbetrugsskandal muss aufgeklärt werden

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/cumex-skandal-steuergeheimnis-fuer-die-warburg-bank-muss-weg-weigerung-grenzt-an-wahlbetrug/>

Stephan Jersch, Fachsprecher für Landwirtschaft, Tierschutz, Bezirkspolitik, Tourismus und Umwelt

Keine Abstriche beim Klimaschutz

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/keine-abstriche-beim-klimaschutz/>

Metin Kaya, Fachsprecher für Migration und interkulturelles Zusammenleben, Technologie und Netzpolitik

„Rasse“-Begriff aus allen Gesetzestexten streichen

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/rasse-begriff-aus-gesetzestexten-streichen/>

Dr. Stephanie Rose, Fachsprecherin für Diversity, Wissenschaftspolitik und Soziales
Hamburg braucht dringend einen Armuts- und Reichtumsbericht

[https://www.buergerschaft-](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72088/nicht_nur_klein_klein_hamburg_braucht_einen_regelmaessigen_integrierten_und_handlungsorientierten_armuts_und_reichtumsbericht.pdf)

[hh.de/parldok/dokument/72088/nicht_nur_klein_klein_hamburg_braucht_einen_regelmaessigen_integrierten_und_handlungsorientierten_armuts_und_reichtumsbericht.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72088/nicht_nur_klein_klein_hamburg_braucht_einen_regelmaessigen_integrierten_und_handlungsorientierten_armuts_und_reichtumsbericht.pdf)

Insa Tietjen, Fachsprecherin für Kinder und Kindertagesstätten, Ausbildung und Religion

Streiks in Kitas, Applaus alleine reicht nicht

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/streik-in-hamburgs-kitas-applaus-allein-ist-keine-erkennung/>

Mehmet Yildiz, Fachsprecher für Sport und Friedenspolitik

Stopp aller Waffentransporte durch den Hamburger Hafen

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/antikriegstag-stoppt-die-waffentransporte-durch-hamburg/>

Ein ausgewählter Überblick über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete

In meiner Funktion als menschenrechtspolitische Sprecherin unserer Fraktion im Bundestag bin ich stets darum bemüht, eine eigenständige linke Menschenrechtspolitik voranzubringen. Das heißt, durch sozialistische Politik den in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formulierten Anspruch Realität werden zu lassen. Gerade in Ansehung von Umweltzerstörung und des Mangels an sauberem Trinkwasser, in Ansehung des Rechts der Stärke in Form von Kriegen und bewaffneten Konflikten anstatt der Stärke des internationalen Rechts, in Ansehung von Chauvinismus und Rechtsradikalismus und in Ansehung einer renditefanatischen Wirtschaftsordnung und der Freiheit der Reichen gegen die Unfreiheit der Armen gilt es, die Menschenrechte als Widerstandsrechte gegen Formen der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Krieges zu verstehen und der Aberkennung und Nichtgewährung von Menschenrechten ebenso zu trotzen wie ihrer Indienstnahme für andere Zwecke.

Das Thema der Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte darf nicht alleinig auf andere Regionen der Welt externalisiert werden. Auch in der Bundesrepublik Deutschland finden tagtäglich Menschenrechtsverletzungen statt, ob im Bereich Armut oder Obdachlosigkeit oder durch die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und ihre Unterstützung von völkerrechtswidrigen Sanktionsregimen.

Ich habe es mir seit Beginn meiner Mandatszeit zur Aufgabe gemacht, neben der Außenpolitik im Sinne einer aktiven Friedenspolitik und der Stärkung des Völkerrechts und den bürgerlich-politischen Menschenrechten, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu einer weiteren tragenden Säule der Menschenrechtspolitik unserer Fraktion zu machen.

Als stellvertretende Vorsitzende der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe bin ich um eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen bemüht. Ich nehme die Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den Blick, vor allem unter den Gesichtspunkten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. So vielfältig die menschenrechtlichen Themenbereiche oft sind, ist Dreh- und Angelpunkt meiner Politik, stets die Rolle und Verantwortung der deutschen Bundesregierung in den Fokus zu rücken.

Ich habe den Überblick meiner Arbeit in zwei Rubriken (1. Menschenrechtspolitik im Bereich Internationale Politik/Außenpolitik 2. Menschenrechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland – die Themen und Aktivitäten mit hamburgspezifischem Bezug sind sowohl unter 1. und 2. zu finden) aufgeteilt, gleichwohl mir bewusst ist, dass diese Aufteilung regelmäßig nicht trennscharf ist und es Überschneidungen gibt.

Internationale Politik / Außenpolitik

Die Pflichten eines Staates, Menschenrechte zu achten und gewähren, enden nicht an den eigenen Grenzen. Deutschland hat auch gegenüber den Menschen in anderen Ländern eine Verantwortung, sogenannte extraterritoriale Staatenpflichten. Diese betreffen unter anderem die Auswirkungen der deutschen Handelspolitik, des Wirtschaftens deutscher Unternehmen im Ausland, der Entwicklungs-, der Außenpolitik.

Menschenrecht auf Frieden

2010 schlugen NGOs in der »Santiago-Erklärung zum Menschenrecht auf Frieden« die Festschreibung detaillierter Rechte und Pflichten von Staaten vor, das Recht auf Bildung, auf Abrüstung, auf Entwicklung oder auf eine sichere und gesunde Umwelt. Die Bundesregierung lehnte diese Erklärung ab. Sie exportiert Krieg und verhindert Frieden, indem sie ihren Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz für den Drohnenkrieg der Amerikaner zur Verfügung stellt, indem sie Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätze schickt und den Rüstungsetat immer weiter um Milliardensummen erhöht, indem sie sich mittlerweile zum weltweit viertgrößten Rüstungsexporteur entwickelt hat.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einzusetzen und diesen in allem politischen Handeln konsequent umzusetzen; alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort zu beenden; alle deutschen Rüstungsexporte sofort zu stoppen.

Antrag: Menschenrecht auf Frieden anerkennen und durchsetzen

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/107/1910753.pdf>

Antikriegstag in Hamburg

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/news/1-september-2020-demonstration-zum-antikriegstag/>

Rüstungsexportpolitik

Die deutschen Rüstungsexporte bleiben auf hohem Niveau, Deutschland ist weltweit viertgrößter Exporteur. Über den Hamburger Hafen werden viele Waffenlieferungen verschifft, von denen nur ein Bruchteil durch den Zoll überprüft wird. Täglich werden mehrere Tonnen Munition über den Hamburger Hafen transportiert. Hinzu kommen weitere Waffen, Panzerteile und anderes Kriegsgerät.

Munitions- und Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen

regelmäßige (Quartal) Kleine Anfrage an die Bundesregierung
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/155/1915539.pdf>

Unterstützung der Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/detail/news/volksinitiative-gegen-ruestungsexporte-9-oktober-auf-dem-hamburger-rathausplatz/>

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Diskussionsveranstaltung in Eidelstedt, „Panzer pflegen keine Menschen“

<https://www.zaklinnastic.de/event/panzer-pflegen-keine-menschen-pflegenotstand-stoppen-statt-aufreueungswahn-finanzieren/>

Wirtschaftssanktionen sofort beenden

Wirtschaftssanktionen haben verheerende Folgen für die Bevölkerung der jeweiligen Staaten. Gerade in der Coronakrise ist das Gebot der Stunde, den Wahnsinn der Wirtschaftskriege endlich zu beenden. Genau deshalb hat unsere Fraktion DIE LINKE. im Bundestag auf meine Initiative einen Antrag eingebracht, in dem wir uns für eine sofortige Beendigung aller einseitigen Sanktionen aussprechen.

Wirtschaftskriege sind zwar eine leisere Art der Kriegführung, aber nicht weniger verbrecherisch und mörderisch. Ihre extraterritoriale Wirkung steht im klaren Widerspruch zum Völkerrecht. Durch Sanktionen werden Gesundheitssysteme zerstört und der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und medizinischen Gerätschaften unmöglich gemacht. Wer in Zeiten einer Pandemie immer noch an diesem unsäglichen Instrument festhält, macht sich spätestens jetzt am Tod unzähliger Menschen mitschuldig.

Aber auch schon früher wurde die tödliche Wirkung dieser Art der leisen Kriegführung mehr als deutlich. So sind in Venezuela laut einer Studie des Washingtoner Center for Economic and Policy Research (CEPR) vom April 2019 aufgrund der US-Sanktionen mindestens 40.000 Menschen ums Leben gekommen. Diese wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen sind nichts anderes als eine Massenvernichtungswaffe des 21. Jahrhunderts. Es muss sofort Schluss damit sein – und zwar überall.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/186/1918693.pdf>

Staatenlosigkeit weltweit abschaffen – Für das Recht, Rechte zu haben

Alle Menschen haben das Recht auf einen Pass. Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit ist in Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Trotzdem gibt es laut UNHCR weltweit zehn Millionen Staatenlose. Als Staatenlose werden Menschen bezeichnet, die keine bzw. keine anerkannte Staatsangehörigkeit besitzen. Die Hälfte davon sind Kinder, viele von ihnen sind von Geburt an staatenlos. 75 Prozent der weltweit bekannten staatenlosen Bevölkerungsgruppen gehören zugleich Minderheiten an. Für viele Minderheiten liegt die Ursache von Staatenlosigkeit in ihrem geschichtlichen Hintergrund, ihrem Aussehen, ihrer Sprache, ihrem Glauben. Gleichzeitig verstärkt Staatenlosigkeit oftmals die Ausgrenzung, die Minderheiten erfahren, und wirkt sich so auf ihr gesamtes Leben aus.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901688.pdf>

Situation in Geflüchtetenlagern auf den griechischen Inseln und humanitäre Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern in Deutschland

Das Hotspot-System der EU ist im Kern völker- und menschenrechtswidrig. Aus der katastrophalen Situation in den Lagern folgt demnach die zwingende menschenrechtliche Notwendigkeit der Evakuierung der Lager und die Möglichkeit der Weiterreise in ein anderes EU-Land zur dortigen Asylantragstellung für die Menschen.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/216/1921665.pdf>

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte unterstützen – Menschenrechte vor Profite

Auch Unternehmen müssen Menschenrechte achten (auch im Ausland, entlang der gesamten Lieferkette) deswegen braucht es dringend ein effektives Lieferkettengesetz. Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in Kauf nehmen oder verursachen, müssen dafür haften. Ein Lieferkettengesetz muss Unternehmen dazu bringen, die Menschenrechte zu achten und ihnen nicht dabei helfen, straflos mit Verstößen davonzukommen.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900961.pdf>

Jemen – humanitäre Lage und Menschenrechte

Der völkerrechtswidrige Krieg, angeführt von Saudi-Arabien, legt den Jemen in Schutt und Asche. Bündnispartner wie die USA, Großbritannien und Frankreich tragen zur größten humanitären Katastrophe unserer Tage bei. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Zehntausende haben ihr Leben verloren und die Infrastruktur ist fast gänzlich zum Erliegen gekommen. Deutschland hat mit seinen bisherigen Waffenlieferungen an die saudische Diktatur und seine arabischen Verbündeten diesen Krieg über Jahre mit befeuert. Der vorläufige Stopp von Rüstungsexporten an Riad war auch deshalb völlig ungenügend. Es bedarf der völligen Einstellung von Waffenexporten und der Vergabe von Lizenzen zum Waffenbau vor Ort.

Die Blockade gegen den Jemen muss gänzlich aufgehoben werden, um der humanitären Katastrophe Herr werden zu können. Gleichzeitig bedarf es endlich der Anerkennung des Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrecht der jemenitischen Bevölkerung. Die Verantwortlichen für die im Jemen begangenen Verbrechen müssen dafür auch juristisch zur Rechenschaft gezogen werden.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900937.pdf>

Kuba – Solidarität und ein Ende der Blockade

Die politische Solidarität mit Kuba ist ein wichtiges Anliegen der LINKEN. Als Teil der internationalistischen Bewegungen gegen Krieg, Neoliberalismus, Faschismus, Ausbeutung und im Kampf für eine gerechte Welt, für den Frieden, die sozialen und demokratischen Menschenrechte bestimmt unser politisches Wirken auch in Bezug auf Kuba. Ich setze mich dafür ein, dass die Blockadepolitik gegen Kuba endlich aufgehoben wird. Nicht zuletzt, weil hierdurch massiv Menschenrechte verletzt werden.

Menschenrechtliche Auswirkungen der US-Blockade gegen Kuba

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/054/1905493.pdf>

Reise nach Kuba

<https://www.zaklinnastic.de/tag/kuba/>

regelmäßiger Austausch mit der kubanischen Botschaft

<http://www.parlamentocubano.gob.cu/index.php/diputadas-de-la-izquierda-alemana-ratifican-solidaridad-con-cuba/>

Israel und Palästina

Antrag: Den Staat Palästina anerkennen und Waffenlieferungen in den Nahen Osten stoppen

Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden wurde am 14. Mai 1948 die Gründung des Staates Israel verkündet. Die Existenz und die Gründungsgeschichte Israels sind die unwiderrufliche Konsequenz aus der Schoah und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, eine Konsequenz aus einem jahrhundertealten Antisemitismus, der älter ist als der Nazifaschismus. Der weltgeschichtlichen Emanzipation der Jüdinnen und Juden gelten die Solidarität und Unterstützung des Bundestages. Für Deutschland als das Land, aus dem die Mörder kamen, bleibt dieses besondere Verhältnis ein unverzichtbarer Auftrag aus der Geschichte. Zugleich muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskriegs, infolge des Angriffs der arabischen Nachbarstaaten auf Israel, hunderttausende Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben und getötet und zahlreiche Städte und Dörfer zerstört wurden. Um Sicherheit und ein Leben in Frieden sowohl für die Bevölkerung des Staates Israel als auch der Palästinenserinnen und Palästinenser in den seit nunmehr über 50 Jahren von Israel besetzten Gebieten zu gewährleisten, ist die Umsetzung der Zweistaatenlösung im Nahen Osten geboten: mit einem sicheren, demokratischen und von allen Nachbarn anerkannten Israel und einem lebensfähigen, unabhängigen, demokratischen Staat Palästina in den Grenzen von 1967, in guter vertrauensbildender Nachbarschaft. Die Anerkennung Palästinas als Staat durch die Bundesregierung wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Lieferung deutscher Waffen in das Spannungsgebiet Naher Osten dagegen schürt bestehende Konflikte und untergräbt Ansätze zur friedlichen Konfliktbeilegung.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/039/1903906.pdf>

Reise nach Israel und Palästina

Ich war Teil einer Delegation der Bundestagsfraktion nach Israel und Palästina. Wir trafen u.a. Vertreter der Arbeitspartei-nahen Ben-Katznelson-Zentrums. Danach folgte eine Führung durch Jaffa und ein Treffen mit der arabisch-jüdischen Organisation Sadaka Reut. Außerdem nahm ich an einer Diskussionsrunde zum Thema ‚Israels Waffenindustrie und Militarismus in Israel‘ mit Aktivisten von Hamushim teil. Es folgte eine weitere Diskussion zum Thema ‚Hindernisse auf dem Weg zu einem endgültigen Frieden zwischen Palästinenser*innen und Israelis‘, unter anderem mit der Trägerin des Aachener Friedenspreises Nabila Espanioly. In Tel Aviv hatten wir aufschlussreiche Gespräche mit Akteuren der palästinensischen Gesellschaft, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sowie Geflüchteten. Außerdem hatten wir eine spannende Stadtführung, die uns viel über Gründung, Geschichte und die aktuelle Situation nahe gebracht hat.

In Jerusalem besuchten wir die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. An diesem bewegenden Ort legten wir einen Kranz nieder. Anschließend haben wir mit Hagai El-Ad gesprochen. Zudem informierte uns eine Vertreterin der OCHA der Vereinten Nationalen über die humanitäre Lage in Gaza und der Westbank. Außerdem besuchten wir die Knesset und sprachen mit den Vertretern der gemischten Liste.

Meine Versuche nach Gaza zu reisen, wurde mir von Seiten der israelischen Regierung verwehrt. Ich erhielt keine Einreisegenehmigung.

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Syrien und Irak

Fraktion vor Ort Veranstaltung

Tatort Syrien - Verteilungskampf im Nahen Osten; Stoppt die türkische Aggression

Es ging in der Veranstaltung um die militärischen Angriffe der türkischen Armee an der Seite terroristischer Söldnergruppen der sogenannten Freien Syrischen Armee im Nordosten Syriens, die ein eklatanter Bruch des Völkerrechts sind, sowie um Massaker an der Zivilbevölkerung.

<https://www.linksfraktion.de/termine/detail/tatort-syrien-verteilungskampf-im-nahen-osten-stoppt-die-tuerkische-aggression/>

Delegationsreise nach Irak und Nordsyrien

mit u.a. Robert Jarowoy, Yavuz Fersoglu, Jan van Aken

Unterstützung Ökologieprojekt Nordsyrien

<https://www.fraktionsverein.de/nc/aktivitaeten-scheckuebergaben/detail/news/zaklin-nastic-mdb-unterstuetzt-oekologieprojekt-fuer-nordsyrien/>

Spenden Prothesenwerkstatt Rojava

<https://www.zaklinnastic.de/die-prothesenwerkstatt-in-quamislo-in-nordsyrien-rojava-braucht-eure-ihre-hilfe/>

Kleine Anfrage: Die US-Präsenz in Syrien, syrisches Erdöl und Völkerrecht

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916813.pdf>

Veranstaltung zur Situation im kurdischen Flüchtlingslager in Machmur

<https://www.zaklinnastic.de/event/online-veranstaltung-ueber-die-situation-im-fluechtlingscamp-machmur/>

Kleine Anfrage zur Situation im kurdischen Flüchtlingslager in Machmur

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/183/1918347.pdf>

Türkei

Kleine Anfrage: Lage der Menschenrechte in der Türkei

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/027/1902795.pdf>

Solidarität mit politischen Gefangenen in der Türkei

<https://www.zaklinnastic.de/solidaritaet-mit-eburu-timtik-und-aytac-uensal-tuerkei-muss-politische-gefangene-umgehend-freilassen/>

Meinungs- und Kulturfreiheit / Politik- und Kulturveranstaltung mit der Grup Yorum

<https://www.zaklinnastic.de/event/meinungs-und-kulturfreiheit-auch-in-deutschland/>

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Menschenrechtslage in der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Fachgespräch zur Klage gegen die Europäische Union und ihre führenden Vertreter*innen

Eine Gruppe von Juristen um die Anwälte Omer Shatz und Juan Branco reichte Klage beim Internationalen Strafgerichtshof gegen die Europäische Union und ihre führenden Vertreter ein. Sie werfen ihnen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor, weil die EU durch ihre Politik für den Tod Tausender Menschen durch Ertrinken im Mittelmeer verantwortlich sei.

Bei einem Fachgespräch, das auf meine Initiative stattfand, diskutierten wir mit Omer Shatz die Rolle und Verantwortung der Europäischen Union in Bezug auf diese Verletzungen der Menschenrechte. Die Bundesrepublik als EU-Mitglied ist zumindest indirekt an der Finanzierung und damit am Betrieb der Lager in Libyen beteiligt ist.

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/staats-und-regierungschefs-der-eu-sind-fuer-tod-folter-und-versklavung-tausender-fluechtlinge-mitver/>

Polen

stv. Vorsitzende deutsch-polnische PG

Kleine Anfrage: Legale und illegale Müllexporte nach Polen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/214/1921402.pdf>

Ungarn

Zur Lage der Menschenrechte in Ungarn

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/014/1901430.pdf>

Spanien

Antrag: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Katalonien-Konflikt wahren

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Spanien in der Vergangenheit wiederholt wegen mangelnder Ermittlungen bei Foltervorwürfen und zuletzt wegen nachgewiesener Misshandlungen verurteilt. Im November 2018 urteilte der EGMR, dass im Prozess gegen den baskischen Politiker Arnaldo Otegi das Recht auf ein faires Verfahren verletzt wurde. Auch der UN-Menschenrechtsrat hat Spanien mangelnde Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten vorgeworfen.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/090/1909055.pdf>

Reise zum Prozessauftritt gegen katalanische Abgeordnete nach Madrid als internationale Beobachterin

<https://www.zaklinnastic.de/zum-auftakt-des-prozesses-gegen-katalanische-politikerinnen-und-politiker-in-madrid/>

Besuch Carles Puigdemont JVA Neumünster

<https://www.zaklinnastic.de/zu-besuch-bei-carlos-puigdemont-in-der-jva-neumuenster/>

Bundesrepublik Deutschland

Im Sozialpakt ist das Recht auf Arbeit und auf gerechte Arbeitsbedingungen ebenso festgeschrieben wie der Schutz der Familien und Kinder, das Recht auf soziale Sicherung, Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben sowie die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter und nach Gewerkschaftsfreiheit. Dazu ein Höchstmaß an Gesundheit, ein angemessener Lebensstandard wie Ernährung, Kleidung, Wohnraum, Wasser und Sanitärversorgung. Aktuelle Berichte der Bundesregierung zeigen, dass Armut nicht nur ein Problem der sogenannten Entwicklungsländer ist. In keinem anderen Land Europas ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Die zunehmende Verarmung ist Auswirkung einer Sparpolitik, die besonders Kinder, alte Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund trifft. Menschen sind arm trotz Erwerbstätigkeit. Ob Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter – keine dieser Maßnahmen ermöglicht einen angemessenen Lebensstandard. Arme Menschen werden strukturell von grundlegender Daseinsvorsorge ferngehalten. Der Zugang zu gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe wird ihnen maßgeblich erschwert. Ein schönes und möglichst sorgenfreies Leben ist somit kaum möglich. Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, muss wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Soziale Ungleichheit überwinden – Soziale Menschenrechte garantieren

Armut ist nicht nur ein Problem der sog. Entwicklungsländer. Laut UN-Sozialpakt müssen Staaten mit allen geeigneten Mitteln auf die volle Verwirklichung der in diesem Pakt verbrieften Rechte hinwirken. Armut kann beseitigt werden, wenn der vorhandene Reichtum im Interesse aller eingesetzt wird. Aber trotz guter wirtschaftlicher Konjunktur nehmen Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland zu. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dokumentiert, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst. Die Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat; 2015 war das in Deutschland 1.064 Euro netto im Monat für Alleinlebende. Dieser relative Armutsbegriff, der das Verhältnis zum gesellschaftlichen Wohlstand misst, ist in reichen Ländern richtig und notwendig, um die fortschreitende Verwirklichung sozialer Rechte, insbesondere des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, zu überprüfen. In Deutschland war laut dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Jahr 2014 jeder sechste Mensch armutsgefährdet. Damit ist die Armutsrisikoquote so hoch wie noch nie seit 1990. Dies widerspricht der Verpflichtung aus dem UN-Sozialpakt, die Umsetzung der wsk-Rechte schrittweise zu verbessern. Die Auswirkungen der neoliberalen Spar- und Kürzungspolitik sind zunehmende Verarmung, vor allem wachsende Kinder- und Altersarmut sowie Armut trotz Erwerbstätigkeit, sich verstetigende Bildungsungleichheit, Obdachlosigkeit, erschwerten Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe.
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/045/1904561.pdf>

Vereinbarkeit von Bonitätsbewertungen durch die Schufa und andere Wirtschaftsauskunfteien mit den Menschenrechten

Private Auskunfteien, darunter die Marktführerin Schufa Holding AG mit Daten von 67,9 Millionen Privatpersonen, haben erheblichen Einfluss auf alle zentralen Lebensbereiche der Menschen in Deutschland und damit auf die Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums. Mittlerweile ist es übliche Praxis, dass Bonitätsbewertungen über den ursprünglichen Zweck der Kreditabsicherung hinausgehen und sich auf Lebensbereiche und Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens außerhalb der

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Kreditvergabe erstrecken, in denen Verbraucher*innen und Mieter*innen in Vorleistung treten oder monatliche Zahlungen leisten, wie zum Beispiel bei Miet-, Mobilfunk und Energieverträgen. Ohne einen positiven Bonitätscore lehnen Unternehmen Verträge ab und verhindern dadurch, dass Menschen eine Wohnung, Stromversorgung oder Kommunikationsmöglichkeiten via Telefon oder Internet erhalten oder in einen kostengünstigeren Vertrag wechseln können. Der Wert des Scores eröffnet oder verwehrt Möglichkeiten und Zugänge, die den Bereich des physischen und soziokulturellen Existenzminimums berühren. Bereits bestehende soziale Ungleichheiten werden durch die Tätigkeit und Nutzung von Auskunfteien weiter verfestigt und verschärft. Besonders Menschen mit geringem Einkommen, Menschen in Überschuldungssituationen und Menschen in Sozialleistungsbezug wird hiermit der Zugang zu grundlegenden Rechten erschwert und verweigert. Sie werden dadurch diskriminiert. Die Folgen der Einholung von Bonitätsauskünften drücken sich auch in der Verwehrung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten gegenüber vor allem ärmeren Menschen, aus.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/181/1918149.pdf>

Menschenrecht auf Wasser

Antrag: Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Wasser in Deutschland

Wasser ist ein Menschenrecht. Vor 10 Jahren ist das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt worden. Doch weltweit wird mit diesem lebensnotwendigen Gut Profit gemacht. Großkonzerne wie Nestle bereichern sich am Wassermangel. Wer das Menschenrecht auf Wasser tatsächlich gewährleisten will, muss diesen Großunternehmen das Handwerk legen. Wasser gehört in öffentliche Hand! Auch in Deutschland haben z.B. Obdachlose oftmals keinen Zugang zu sauberem Wasser. Der Kampf ums Wasser hat längst begonnen und ist bereits in Deutschland angekommen.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/142/1914261.pdf>

Hybrid-Infoabend zum „Menschenrecht auf Wasser“ mit der LINKEN Winterhude

<https://www.die-linke-hamburg-nord.de/aktuelles/nachrichten/detail/news/hybrid-infoabend-mit-zaklin-nastic-menschenrecht-auf-wasser/>

Zugang zu Wasser für obdachlose Menschen sichern/Öffnen des Wahlkreisbüros für das Nachfüllen von Leitungswasser

<https://www.zaklinnastic.de/wasser-ist-menschenrecht-zugang-zu-trinkwasser-muss-fuer-obdachlose-gesichert-sein/>

Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit – angemessener Wohnraum ist Menschenrecht

Jeder Mensch hat ein Recht auf Wohnen. Doch für viele Menschen wird es zunehmend schwieriger, eine Wohnung in geeigneter Größe und Ausstattung zu finden. Besonders hart trifft es Menschen in verletzlichen Lebenslagen, beispielsweise Suchtkranke, Wohnungslose, Menschen, die staatliche Grundsicherung beziehen, alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen, aber zunehmend sind bis in die sog. Mitte der Gesellschaft Menschen betroffen. Ein Leben in Würde ist ohne

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

angemessenen Wohnraum nicht möglich, ein fehlendes Dach über dem Kopf schränkt auch die Menschenrechte auf Gesundheit und Leben ein.

Mit der Unterzeichnung des UN-Sozialpakts hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, allen Menschen diskriminierungsfrei alle sozialen Rechte zu garantieren: Das Recht auf angemessenes Wohnen ("Right to Adequate Housing"), niedergelegt in Artikel 11 des UN-Sozialpakts, ist ein Menschenrecht. Das im UN-Sozialpakt enthaltene Recht auf einen angemessenen Lebensstandard schließt das Recht auf eine angemessene Unterkunft mit ein. Eine extreme Form der sozialen Spaltung ist die Verletzung des Rechts auf angemessenes Wohnen in Form des Anstiegs von Obdachlosigkeit. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) prognostizierte, dass es bis Ende 2018 in Deutschland 1,2 Millionen wohnungslose Menschen geben wird. Die Prognosen sind leider zutreffend. Ursache für die Situation sind auch die explodierenden Mieten in den Großstädten.

Als LINKE haben wir die Bundesregierung wiederholt aufgefordert das Menschenrecht auf Wohnen umzusetzen, indem die Verfügbarkeit angemessenen und bezahlbaren Wohnraums für alle sowie diskriminierungsfreier Zugang zu Wohnraum und eine menschenwürdige Wohnqualität und Wohnlage garantiert werden; Mieterhöhungen sollen durch eine echte Mietpreisbremse gestoppt, jährlich mindestens 250.000 neue Sozialwohnungen geschaffen und die Spekulation mit Wohnraum beendet werden

Fachgespräch mit UN-Sonderberichterstatterin für adäquates Wohnen, Leilani Farha

<https://www.zaklinnastic.de/der-markt-ist-sozial-blind/>

Unterstützung des Kältebus und ganztägiges Winternotprogramm

Ab November wird wie jedes Jahr das Winternotprogramm der Stadt Hamburg anlaufen. Staatliche Träger bieten, unterstützt von kirchlichen und privaten Hilfsorganisationen und Initiativen, eine Art modulares System aus Übernachtungs- und Versorgungsmöglichkeiten für die an, die keine Unterkunft (mehr) haben. Daran ändert sich trotz des Prinzips Housing First nichts. SPD und Grüne haben es sich in den Koalitionsvertrag geschrieben, doch das Winternotprogramm bleibt davon unberührt. Obdachlose Menschen müssen wie jeden Winter unterschiedlichste Stellen anlaufen, wo es Essen, ärztliche Versorgung, Reinigungsmöglichkeiten oder Schlafplätze gibt, die für die Anzahl bedürftiger Menschen nicht ausreichen. Hamburg hat mehr als 2000 Obdachlose, denen wieder nicht nachhaltig geholfen wird. Eine menschenwürdige Versorgung ist so ebenso wenig möglich und wie die Einhaltung der durch Corona bedingten Maßnahmen.

<https://www.hinzundkuntz.de/demonstration-fuer-tagesoeffnung-des-winternotprogramms/>

Rassismus stoppen, Menschenrechte durchsetzen

Auch in Deutschland stellt institutioneller Rassismus bei der Polizei ein Problem dar. Millionen Menschen in Deutschland sind immer wieder Identitätskontrollen, Befragungen und Durchsuchungen durch die Polizei ausgesetzt. Nicht, weil gegen sie ein konkreter Verdacht vorliegt, sondern allein, weil sie den Beamtinnen und Beamten aufgrund äußerer Merkmale verdächtig erscheinen. Der Deutsche Bundestag wendet sich gegen jede Form und Ausprägung von Rassismus. Er wendet sich gegen alltägliche Ausgrenzung, Racial Profiling und strukturelle Diskriminierungen, zum Beispiel bei anlasslosen Polizei-Kontrollen oder auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt. Institutioneller Rassismus kann nicht allein durch vermehrte Schulungen und entsprechende Sensibilisierung

Zaklin Nastic, Hamburg, 12.10.2020
Bundestagsabgeordnete aus Hamburg
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

überwunden werden, sondern muss durch staatliches Handeln und Gesetze bekämpft werden.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920626.pdf>

Menschenrechtsbericht der Bundesregierung

Der 13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik wird den Ansprüchen einer handlungsorientierten, an den universalen Menschenrechten ausgerichteten Politik nicht gerecht. Eine Analyse der tatsächlichen Lage insbesondere auch in Deutschland bleibt aus. Statt konkreter Vorhaben beschränkt sich die Bundesregierung weitestgehend auf die Aneinanderreihung einzelner gesetzlicher Änderungen, Verordnungen, Maßnahmen und Projekte, die im Berichtszeitraum beschlossen oder umgesetzt wurden. Die wenigsten davon greifen am Kern des Problems an oder haben sich in ihrer Umsetzung als lösungsorientiert bewiesen. Zudem wird die Menschenrechtslage in den westlichen Industriestaaten sowie in weiteren engen Partnerländern Deutschlands im Bericht komplett ausgespart. Es wäre der Bundesregierung in allen Politikfeldern grundsätzlich möglich, durch die Zustimmung zu sowie die Ratifizierung und Umsetzung bestehender Verträge, Initiativen und Gerichtsurteile in deutsches Recht ihren vielbeschworenen Anspruch einer Politik, die Menschenrechte als „eine alle Politikfelder durchziehende Querschnittsaufgabe“ und zugleich „Maßgabe [...] allen staatlichen Handelns“ begreift, unter Beweis zu stellen. Beispielhaft dafür stehen wiederholt gestellte Forderungen der Fraktion DIE LINKE. in fünf Themenbereichen, deren Umsetzung für eine die Menschenrechte respektierende Regierung selbstverständlich sein müsste.
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/158/1915884.pdf>

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Die Bundesregierung wird weder ihren inländischen noch ihren extraterritorialen, aus dem UN-Zivilpakt und dem UN-Sozialpakt erwachsenden Verpflichtungen gerecht. Eine demokratische Gesellschaft ist auf die konsequente Achtung der Menschenrechte angewiesen.
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/064/1906456.pdf>

Mehr zu meiner Arbeit im Bundestag unter
<https://www.linksfraktion.de/fraktion/abgeordnete/profil/zaklin-nastic/>

Durch regelmäßige inhaltliche Veranstaltungen, Fachberatungen (bspw. Senior*innenberatung) oder Bürgersprechstunden und Austausch mit den Bezirken, versuche ich stets meine Arbeit in ein beständiges Verhältnis zu den Aktivitäten, Diskussionen und Bedürfnissen im Landesverband und den Bezirksverbänden zu bringen und wechselseitigen Austausch auszubauen.

Ihr erreicht mich und mein Team im Wahlkreisbüro, in der Wendenstraße 6, 20097 Hamburg.
Telefonisch unter 040 – 23644588 und per E-Mail unter zaklin.nastic@bundestag.de

Herzliche und solidarische Grüße.



Eure, Zaklin

Tätigkeitsbericht von Fabio De Masi, MdB, zum 7. LPT DIE LINKE Hamburg

Im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit standen in den letzten Wochen die Cum-Ex-Affäre von Olaf Scholz und der Wirecard-Skandal.

In den Monaten davor habe ich insbesondere unsere Kritik an der Schuldenbremse durch verschiedene Initiativen und Gastbeiträge in überregionalen Medien bekannter gemacht und mit der Forderung nach einer Vermögensabgabe während der Corona-Pandemie ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal für DIE LINKE entwickelt. Aktuell haben wir eine Studie zur Vermögensabgabe in Auftrag gegeben.

Weiterhin haben wir etwa mit unserer Studie zur Nutzung von Steueroasen durch DAX-Konzerne und der Forderung, dies bei staatlichen Hilfen (ebenso wie die Ausschüttung von Dividenden) zu unterbinden, für Beachtung gesorgt. Detaillierte Informationen über meine Arbeit können unter folgendem Link in meinem Newsletter abgerufen werden:

<https://www.fabio-de-masi.de/de/topic/3.newsletter.html>

Durch die Corona-Pandemie habe ich diverse Online-Events durchgeführt und musste eine Reihe von geplanten Saal-Veranstaltungen (z.B. mit Jan Korte in der St. Pauli Weinbar am Millerntor zur Verantwortung der Linken oder eine Lesung mit Christian Baron zu „Ein Mann seiner Klasse“ im Rathaus) absagen.

Ich betrieb eine virtuelle „Sprechstunde“ zur Corona-Krise und Wirtschaftsthemen, welche auch medial aufgegriffen wurde und erklärte dort unsere wichtigsten Forderungen zur Corona-Krise, wie die Vermögensabgabe, den Streit um Corona-Bonds u.v.m.

Wir führten hierzu, sowie zur Cum-Ex-Affäre, Online-Events mit Parteigliederungen der Linken durch. Weiterhin organisierte ich eine virtuelle Veranstaltung zu Ungleichheit mit Sahra Wagenknecht, dem französischen Ökonomen Thomas Piketty und mir.

Neben den üblichen politischen Terminen, wie dem Stadtrundgang zu Reichtum in Hamburg, Arbeitstreffen mit Verbänden wie Ver.di zur Situation von Selbständigen in der Corona Pandemie, einer Werksbesichtigung bei Airbus, dem Besuch des Ledigenheims oder einem Austausch mit der Diakonie zu Menschenrechten in der Lieferkette von Unternehmen und materieller Unterstützung für die Corona-Hilfe Hamburg, habe ich mich um eine Gruppe von politisch Interessierten durch regelmäßige Treffen (vor der Corona-Pandemie begonnen und seit Kurzem fortgeführt) bemüht, die ich in Einzelgesprächen über mehrere Jahre für meine politische Arbeit interessieren konnte, die sich aber derzeit in unseren Parteistrukturen nicht aufgehoben fühlen.

Darüber hinaus wurden den Bezirksvorständen regelmäßig Besuche in Parteigliederungen angeboten. Auch gegenüber der von uns mit wiederbelebten Neumitgliederbetreuung bestand regelmäßig das Angebot, dass ich als Bundestagsabgeordneter einen Austausch mit Neumitgliedern führe. Ich wurde jedoch über einen längeren Zeitraum nicht mehr eingeladen. Mein Wunsch, eine Anlaufstelle für politisch Interessierte in der Innenstadt zu etablieren, ließ sich leider nicht realisieren, da von mir unterbreitete Vorschläge keine Zustimmung fanden. Dies hat leider meine Möglichkeit eingeschränkt, den von mir geworbenen, politisch Interessierten, einen Ort anzubieten, wo sie sich gemeinsam mit uns in Hamburg engagieren, klönen und willkommen fühlen können. Ich hoffe, dass der Landesverband diese Probleme gezielter angehen wird.